

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 3

Artikel: Imagewechsel der PKP? : Portugal war den Sowjets weniger wichtig als Angola
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094657>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Portugal war den Sowjets weniger wichtig als Angola

Imagewechsel der PKP?

Unser Korrespondent über den Zwischenstand in Lissabon

In Portugal sollte das Exempel einer kommunistischen Machtergreifung nach der direkten Modellvorstellung Moskaus statuiert werden. Heute ist das nicht mehr so sicher. Die Neuaufgabe eines Putschversuchs ist zwar nicht auszuschließen, aber die Prioritäten haben sich geändert. Zum einen sind die Sowjets nicht mehr auf die Beherrschung Portugals angewiesen, um Angola zu ihrer UeberseeProvinz zu machen, und zum andern ist ihnen seit Francos Tod eine gesamtiberische Koordination wichtiger als ein fester Stützpunkt, der die Nachbarschaft verschrecken könnte. Das schafft die Möglichkeit, dass sich die portugiesische KP der Taktik der italienischen oder französischen Kommunisten anpasst, die verbale Distanz zum Sowjetmodell nehmen und den «demokratischen Weg zum Sozialismus» verkünden. Cunhal ist schon sichtbar um ein partnerschaftlicheres Image bemüht, und falls er, der die Arroganz der Macht zu früh hatte sichtbar werden lassen, es sich nicht glaubhaft zulegen kann, wäre allenfalls auch ein personeller Wechsel an der Parteispitze in Betracht zu ziehen.

Die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreichs in Portugal hat sich nach der Ansicht des Generalsekretärs der portugiesischen Sozialistischen Partei (PSP), Mario Soares, erheblich verringert. Alles hänge jetzt davon ab, ob und wie dem Land vom Westen wirtschaftlich geholfen werde.

Die Wirtschaftsmisere lockt zur harten Tour, aber...

In der Tat, der portugiesische Staat ist beinahe bankrott, und zwar vornehmlich als Folge einer gezielten Zerstörung der Wirtschaft durch die Kommunisten, die hofften, auf den Trümmern dereinst ihre «sozialistische» Gesellschaft um so leichter aufbauen zu können. Der portugiesische Staat zehrt gegenwärtig von der Substanz, so vom erheblichen Golderbe, das die «Faschisten» zurückgelassen haben.

Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Kommunisten in den nächsten Wochen und Monaten auf die Karte der darniederliegenden Wirtschaft setzen könnten: Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen usw.

Am 16. Januar erklärte Cunhal: «Diese Sechste Regierung ist nichts wert... Die Austerity-Massnahmen treffen das Volk... Aber wir treten nicht aus der Regierung. Wir unterstützen sie von innen, denn wir haben das Gefühl, dass, wenn diese Regierung fällt... so kommt eine Rechtsregierung.»

... heute sind in Westeuropa demokratische KP-Umgangsformen gefragt

Aber wahrscheinlicher scheint, ohne dass diese Ebene vernachlässigt wird, dass ein Imagewechsel in Richtung sogenannter europäischer Kommunismus sich vollziehen könnte.

Momentan ist in Portugal die «äusserliche» Situation dadurch gekennzeichnet, dass Alvaro Cunhal, seit dem gescheiterten Putsch linksradikaler Truppen am vergangenen 25. November ein angeschlagener Chef der portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP), von den Militärs energisch Schutz für PKP-Anhänger fordert, die, vor allem im traditionellen konservativen Nordpor-

tugal, Ziel verstärkter (Bomben-)Anschläge geworden sind.

Viele Portugiesen hegen allerdings den Verdacht, die Kommunisten legten selbst die Bomben, um nach wie vor das Gespenst eines angeblich drohenden Rechtsputsches an die Wand malen zu können.

Die PKP, deren Ausschluss aus der Regierung von den sozialdemokratischen Volksdemokraten (PPD) neuerdings mit Nachdruck gefordert wird, verlangt, dass «allen Bürgern auf dem gesamten nationalen Territorium (also auch Madeira und die Azoren) das Recht auf Wahrnehmung aller demokratischen Freiheiten garantiert wird». Nur wenn diese Bedingung erfüllt sei, würden die Kommunisten, wie sie «feierlich» (über Radio Moskau) erklärten, die Ergebnisse «wirklich freier und demokratischer Wahlen in Portugal respektieren».

Weil der Novemberputsch keine siegreiche Revolution war, setzt man sich eben von diesem pseudorevolutionären Abenteuer ab...

Noch im Juni vergangenen Jahres hatte Alvaro Cunhal gehöhnt: «Das kann ich Ihnen bereits jetzt versprechen, Parlamentswahlen wird es in diesem Land nie geben. Nie, nie!»

Seither haben sich politische Landschaft und politisches Klima in Portugal etwas gewandelt. Die Kommunisten sind «im zweiten Anlauf der Machtergreifung gescheitert». («ZeitBild» Nr. 25/75)

Nach den «Ereignissen vom 25./26. November», wie der Putschversuch im PKP-Sprachgebrauch umschrieben wird, verkündete Cunhal theatralisch vor Anhängern in der Lissabonner Stierkampfarena: «Ich glaube sagen zu können, dass es zu einem grossen Teil der PKP und ihrer verantwortungsvollen Orientierung zu danken ist, dass die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in verschiedenen Bereichen nicht von den abenteuerlichen und pseudorevolutionären Phrasen angesteckt wurden und dass somit eine grosse Tragödie und eine blutige Niederlage der Arbeiter- und Volksbewegung vermieden wurde.»

Die Kommunisten haben sich zwar seither von den «Linksextremisten» abgesetzt, aber der kürzlich veröffentlichte vorläufige Untersuchungsbericht über den gescheiterten Linksputsch deckt die kommunistische Beteiligung auf. Die KP ist daher krampfhaft bemüht, ihr Bild bei den Portugiesen zu verbessern. Es sei daran erinnert, dass der «organisatorische Kern der Partei die ‚Runde‘ heil und in fast salonfähigem Zustand überstanden hat». («ZeitBild», Nr. 25/75)

Soll ein neues Image durch einen «flexibleren» KP-Chef glaubhaft gemacht werden?

Es deuten sich Anzeichen an, dass Alvaro Cunhal vom Amt des Generalsekretärs der Partei auf den Posten des Parteipräsidenten verdrängt werden könnte (d. h. dem «europäischen Kommunismus» geopfert...), und zwar am nächsten (Achten) PKP-Kongress, der für die «erste Hälfte 1976 einzuberufen ist», wie vom Zentralkomitee der PKP verlautete.

Als möglicher Nachfolger ist Carlos Amboin Inglés im Gerede, ein Mann, der fünfzehn Jahre in der Sowjetunion im Exil verbracht hat und als Schüler des sowjetischen Parteichefs Breschnew gilt. Im Unterschied zum orthodoxen Kommunisten Cunhal, der seine Exiljahre vornehmlich in der Tschechoslowakei verlebte und die dortige Invasion der Sowjets bedingungslos gutheisst, soll Amboin Inglés flexibler sein, besser imstande, die portugiesischen Kommunisten auf

Neuerscheinung!

Andreas W. Mytze

Theater in der DDR

Kritiken 1972-1975

Berichtet wird über Aufführungen in Ostberlin, Leipzig, Dresden, Rostock, Karl-Marx-Stadt, Halle, Meiningen, Potsdam und Magdeburg.

Rezensiert werden u. a.

Volker Brauns «Kipper», Stücke von Armin Müller, Heiner Müller, Ulrich Plenzdorf, Horst Kleineidam, Peter Hacks, Armin Stolper, Helmut Baiert, Claus Hammel, Rudi Strahl, Alfred Matusche, Majakowski, Neruda, Goethe.

Faksimilierte Nachdrucke aus:

Die Zeit, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Tat (Zürich), Neue Zürcher Zeitung, Die Presse (Wien), Nürnberger Nachrichten, Der Tagesspiegel, Deutsche Bühne, Der Bund (Bern), Rhein-Neckar-Zeitung.

Zahlreiche Illustrationen:

Szenenfotos, Programmzettel von Ur- und Erstaufführungen.

ca. 100 Seiten, DM 10,-

Bestellungen:

Verlag europäische ideen

D-1 Berlin 37, Mühlenstrasse 17 b

den neuen, von Moskau geforderten Kurs eines «europäischen Kommunismus» einzuspüren.

Von portugiesischen Kommunisten ist im Gespräch etwa zu hören, vergangenen Sommer habe die Sowjetunion, nach Abwägen der Erfolgchancen, vor allem des möglichen amerikanischen und westeuropäischen Widerstandes, ihre Interessen von Portugal nach Angola umgeleitet, wo die Aussichten eines «Etappensieges» bereits zu jenem Zeitpunkt äusserst günstig gestanden hätten. Ins Kreml-Kalkül sei auch, wie westliche Beobachter des sowjetischen «Weltkommunismus» ergänzen, Spanien miteinbezogen worden.

Moskaus Interessen haben neue Prioritäten erhalten; der Modellfall kann warten

Das heisst: Durch ein zu offensichtliches sowjetisches Engagement in Portugal, verbunden mit einer Machtübernahme, wäre der «eigenständige» Kurs der spanischen, ja aller westeuropäischen Kommunisten gefährdet gewesen, hätte selbst nach dem Tode Francos mit einer Versteifung statt mit einer Auflockerung des Regimes in Spanien gerechnet werden müssen.

Der 25. November sei eine «Verzweiflungstat» Cunchals gewesen. Wäre ihm die Machtübernahme nach altstalinistischem Rezept gelungen, so wäre Moskau vor vollendete Tatsachen gestellt gewesen und hätte sicherlich mit (offener) Unterstützung nicht mehr länger zurückgehalten. Grundsätzlich sei die Sowjetunion nicht gegen den «Versuch» gewesen, aber der Kreml durfte dabei nicht exponiert werden.

Jetzt müssten (auch) Portugals Kommunisten auf Moskaus neue Linie umschwenken, jene des «europäischen Kommunismus»: Nach der Direktive des Kremls, die für alle westeuropäischen kommunistischen Parteien gelten soll, muss die Möglichkeit geschaffen werden, «einen Kommunismus vorzutauschen, der nach aussen hin bewusst nicht restlos moskauhörig ist».

Angriffe der sowjetischen parteiamtlichen «Prawda» beispielsweise gegen die Abweichler Marchais (Frankreich) und Berlinguer (Italien) sind daher als Täuschungsmanöver zu werten.

Die sich abzeichnende Ablösung Alvaro Cunchals in Portugal würde die sowjetischen Machthabenden und Globalstrategen entlasten. Europa aber könnte, da ja Portugal von Moskau scheinbar abgeschrieben worden ist, ruhig weiterschlafen in der Hoffnung auf einen «demokratischen» europäischen Kommunismus.

Zu Soares gestern: «Du Faschistenfreund!» Zu Soares heute: «Wir sind doch beide Sozialisten»

Alvaro Cunhal scheint den neuen Kurs selbst vorzubereiten und einzuleiten. Gesucht wird wieder die Annäherung an die Sozialisten von Mario Soares («Wir sind doch beide Sozialisten»), Alvaro Cunhal, und ein harter Kurs gegen die Linke, d. h. die Linksüberholer (die maoistischen Todfeinde), wird gefordert.

Die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreichs in Portugal ist in der Tat geringer geworden, aber noch nicht völlig gebannt. Viele Portugiesen fragen sich unter anderem, wo noch die etwa 50 000 leichten und schwereren Waffen versteckt gehalten werden — und von wem —, die vor dem 25. November aus Armeedepots verschwunden sind. ■

KP-Konferenzen und Taktik

Gesucht wird eine gemeinsame Plattform zwischen den regierenden und den nichtregierenden kommunistischen Parteien Europas. Moskau möchte sie für seine Disziplinierungsbedürfnisse so verbindlich wie möglich haben, Jugoslawien will sie vor allem nicht als sowjetisches Interventionsalibi gebrauchen lassen, und die westeuropäischen KP brauchen einen Text, der sich zuhänden der Wähler ihrer eigenen Länder beschwichtigend auslegen lässt — wie immer er gemeint sei. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse belasten die geplante KP-Konferenz der Region Europa und damit auch die spätere Weltkonferenz. Inhaltliche (Jugoslawien) oder taktische (Westeuropa) Differenzen machen die Einberufung eines solchen globalen Treffens schwieriger als vor sieben Jahren.

Damals, 1969, waren es hauptsächlich die Invasion der CSSR und die damit verbundene «Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität» gewesen, die Anlass zu Komplikationen gaben, und zwar sowohl bei der Vorbereitung als auch (wenngleich nicht gravierend) bei der Durchführung. Bezüglich Chinas kam es zudem nicht zur einheitlichen Verurteilung, die der Kreml angestrebt hatte.

Heute haben die Schwierigkeiten mehr mit der Generallinie der Revolutionstaktik zu tun. Die Sowjets erheben den Anspruch, dass ihre Interpretation des Marxismus-Leninismus universale Geltung hat. Schon zur Zeit des Prager Frühlings und vor allem nach seiner Liquidierung hat man in Moskau die «objektiven Gesetzmässigkeiten» erarbeitet, ohne die es keinen Sozialismus gebe. Und als solche werden die «sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau» vorgestellt. Von diesen darf nach sowjetischer Auslegung keine KP abweichen; gestattet ist lediglich eine «schöpferische Anwendung» und «Weiterentwicklung».

Damit hängen die gegenwärtigen Schwierigkeiten zusammen. Laut Beschluss der Weltkonferenz von 1969 sind die einzelnen Parteien in der Auswahl der innenpolitischen Kampfmittel und Kampfmethoden frei und unabhängig, natürlich im Rahmen des Marxismus-Leninismus.

Nun möchten einige westliche KP ein besseres innenpolitisches Image haben und äussern sich gegen die Verbindlichkeit der «sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau». Weil z. B. der Ausdruck «Diktatur» dem westlichen Wähler als programmatisches Ziel mehrheitlich missfällt, hat die französische KP darauf verzichtet, die «Diktatur des Proletariats» als obligatorische Etappe des sozialistischen Aufbaus zu verkünden. Dabei hat es diese Diktatur noch nie gegeben, sondern lediglich eine Diktatur des Parteiapparates im Namen des Proletariats.

Nun akzeptiert Moskau durchaus den parlamentarischen Weg der kommunistischen Machtergreifung, wenn er gangbar ist, und sollte damit auch Verständnis dafür haben, dass man aus innenpolitischem Opportunismus von Losungen absieht, die sich nicht als genügend zugkräftig erweisen; die KPdSU selber hat das schon zur Genüge getan und veranlasst. Aber den Bedürfnissen westeuropäischer Taktik das Opfer zu bringen, sich öffentlich desavouieren zu lassen, ist doch etwas viel verlangt. Abgesehen vom Verdacht, dass es sich am Ende doch nicht um bloss Taktik handeln könnte.

Obwohl die inhaltlichen Vorstellungen keineswegs so abweichlerisch sein dürften. Die westeuropäischen KP bekennen sich schliesslich zum Marxismus-Leninismus, und dieser sieht

nun einmal die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie vor, auch wenn man sie auf dem Wege zur Machtergreifung benützen darf.

Die osteuropäischen Länder (letztes Beispiel der polnische Parteikongress vom Dezember 1975) bezeichnen sich noch immer als «Diktatur des Proletariats», aber immerhin lässt der neue Statutenentwurf der ostdeutschen SED erkennen, dass man den Ausdruck auch dort nicht mehr plakatiert, so dass die «Ketzerie» eines Marchais eigentlich gar nicht so schlimm ist. Die UdSSR ihrerseits stellt sich als «Diktatur des ganzen Volkes» vor. Man habe im fortgeschrittenen Stadium des Sozialismus die Diktatur gegenüber ganzen Klassen und Volksschichten (es gibt doch gar keine Bourgeoisie mehr) nicht mehr nötig. Die Diktatur des ganzen Volkes bedeutet also nur noch Diktatur gegenüber Volksfeinden, und Volksfeinde sind Regimegegner, Andersdenkende und Oppositionelle.

Was die kommunistischen Parteien Westeuropas betrifft, so ist der Verzicht auf den Ausdruck «Diktatur des Proletariats» kein Testfall für ihre Andersartigkeit. Sie wären glaubwürdiger, wenn sie seine Verlogenheit anprangern würden. So aber distanzieren sie sich grosszügig von einer Sache, die es nie gegeben hat, wonach nicht einzusehen ist, wieso sie Begriffen wie «Respektierung des parlamentarischen Weges und der Verfassung» nicht ebenfalls einen eigenen Inhalt geben sollten, welcher der üblichen Aussage des Wortes widerspricht.

Allerdings: Auch ganz oder doch weitgehend taktisch gemeinte Formulierungen können zur Verbreitung «revisionistischer» Gedanken in Ost- und Westeuropa führen. Dieser Gefahr ist man sich in Moskau bewusst. So willkommen es ist, wenn die kommunistische Diskussion westliche Demokraten über die undemokratischen Ziele westeuropäischer KP hinwegtäuscht, so unwillkommen ist es, wenn sie zu Missverständnissen im eigenen Lager führt.

*

Im übrigen haben die Sowjets gar nichts dagegen, das Spiel der Zusammenarbeit sogar mit dem Klassenfeind selber zu spielen, sofern sie sich der Kontrolle sicher fühlen. Das war bei der kommunistischen Regionalkonferenz vom letzten Jahr in Havanna der Fall, wo 24 prosowjetische Parteien zusammenkamen (9.—13. 6. 1975). Die lateinamerikanischen Kommunisten erklärten sich bereit, mit allen Schichten der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, die gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit und Befreiung kämpfen wollten. Jedermann, der aus welchen Gründen auch immer gegen die Mono-